

Die Diäten-Lüge

Die große Koalition begründet die Erhöhung mit dem Abgeordnetengesetz. Das ist gezielte Täuschung. Von Hans Herbert von Arnim

Die inzwischen in erster Lesung vom Bundestag beschlossene Erhöhung der Diäten für Abgeordnete ist nicht nur in der Sache fragwürdig. Sie widerspricht auch den ausdrücklichen Vorgaben, die der Bundestag selbst ins Abgeordnetengesetz geschrieben hat. Die Argumentation, mit der die große Koalition die jetzige Erhöhung der Politiker-Bezüge begründet, fällt damit in sich zusammen.

Im letzten November war bereits eine zweistufige Erhöhung der Diäten beschlossen worden: Ab 2008 sollten Bundestagsabgeordnete 7339 Euro monatlich erhalten und 7668 Euro ab 1. Januar 2009, beides zusammen ein Mehr von 9,4 Prozent. Dennoch satteln die Großkoalitionäre auf die für 2009 geplante Erhöhung jetzt noch einmal drauf und wollen sich nun ab 2009 noch 278 Euro mehr bewilligen als ohnehin schon beschlossen, insgesamt 7946 Euro. 2010 soll dann noch eine weitere Erhöhung auf 8159 Euro dazukommen.

Gerechtfertigt wird der neuerliche Diätensprung mit einem Passus im Abgeordnetengesetz, wonach Erhöhungen der Beamten- und Richterbesoldung zwingend auch auf die Diäten zu übertragen seien. Die Sprecher der Koalition erwecken damit den Eindruck, sie könnten gar nicht anders handeln, wenn sie konsequent bleiben wollen.



Doch das ist eine gezielte Täuschung der Öffentlichkeit. Zwar sieht der Paragraph 30 des Abgeordnetengesetzes tatsächlich die Koppelung der Diäten an die Beamtenbesoldung vor. Aber dieser Paragraph gilt jetzt noch gar nicht. Die Koppelung ist vielmehr erst für „spätere Anpassungen“ vorgesehen (so ausdrücklich Paragraph 11 Abgeordnetengesetz), das heißt für Erhöhungen, die der von 2009 folgen.

Auch in der Gesetzesbegründung heißt es unmissverständlich, weitere Erhöhungen sollten „frühestens im Jahr 2010“ erfolgen (Bundestagsdrucksache 16/6924 vom 6. 11. 2007, Seite 3 und noch einmal Seite 9). Das Gesetz, auf das sich die Regierungsfractionen berufen, sieht also ausdrücklich eine Karenzzeit vor.

Aber wenn es um den eigenen Geldbeutel geht, meinen die Politiker offenbar, die gesetzlichen Vorgaben in den Wind schlagen und Scheinargumente vorschützen zu können. Im Allmachtsgefühl der großen Koalition dürfte auch der Grund für den jetzigen Diäten-coup liegen: Im Jahre 2010 ist die Zeit dieses Bündnisses vermutlich vorbei. Dann wird es sehr viel schwerer, Erhöhungen durchzusetzen. Da boxt man sie lieber jetzt durch.

Hans Herbert von Arnim lehrt als pensionierter Universitätsprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.